

Für atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Europa

**Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Oktober 1986
zum Gipfeltreffen in Reykjavik**

(Wortlaut)

Das Europäische Parlament,

A. in Erwägung der bevorstehenden Begegnung zwischen dem Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, die am 11. und 12. Oktober 1986 in Reykjavik (Island) stattfinden wird,

B. in der Erwägung, daß dieses Treffen kurz nach dem Abschluß der Arbeiten der Konferenz in Stockholm beschlossen wurde; ferner in der Erwägung, daß die Ergebnisse dieser Konferenz das erste positive Zeichen für eine Trendwende in den internationalen Beziehungen, die bisher von schweren Spannungen und einer Verhärtung der Fronten gekennzeichnet waren, darstellen,

C. in der Erwägung, daß die Vereinbarung von Stockholm das Bestehen konkreter Möglichkeiten für konstruktive Regelungen bekräftigt hat, die auf eine Verstärkung der kollektiven Sicherheit abzielen; unter Hinweis darauf, daß die kollektive Sicherheit durch die Anwendung der jetzt beschlossenen „vertrauensbildenden Maßnahmen“ effektiv verbessert werden kann,

D. unter Hinweis darauf, daß das Gipfeltreffen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion die Gelegenheit für eine Verminderung der Meinungsverschiedenheiten sowie für eine Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens sein kann; unter Hinweis darauf, daß dies die grundlegenden Voraussetzungen für die Verwirklichung weitreichender und für beide Seiten akzeptabler Vereinbarungen in den Bereichen Sicherheit und Abrüstung sind,

E. unter Hinweis auf die bereits vom Europäischen Parlament unterstrichene Bedeutung des Gipfeltreffens UdSSR-Vereinigte Staaten in Genf sowie die Notwendigkeit, den Buchstaben und den Geist der dort erzielten Vereinbarungen mit konkreten Inhalten zu füllen,

F. unter nachdrücklichem Hinweis auf die grundlegende Rolle, die die Europäische Gemeinschaft bei der Verwirklichung dieser Zielsetzungen übernehmen muß, indem sie mit praktischen Schritten zur positiven Entwicklung der internationalen Lage und zur Erhaltung des Friedens in der Welt beiträgt,

G. unter Hinweis auf seine diesbezüglichen Entschließungen,

1. begrüßt das bevorstehende Gipfeltreffen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, das eine wichtige Kehrtwende in bezug auf den derzeitigen Zustand der internationalen Beziehungen herbeiführen kann;

2. äußert seine Genugtuung über die in Stockholm erzielten Vereinbarungen und fordert die 35 Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki auf, anläßlich der dritten KSZE-Konferenz, die am 4. November dieses Jahres in Wien beginnen wird, den bereits eingeschlagenen Weg mutig fortzusetzen;

3. ist davon überzeugt, daß es nur mit Hilfe der Entspannung, des Dialogs und des friedlichen Wettstreits zwischen den beteiligten Parteien möglich ist, die Probleme und die Krisen zu lösen, mit denen die internationale Gemeinschaft konfrontiert ist, und wünscht, daß aus dem Gipfeltreffen in Reykjavik ein konkreter politischer Wille entspricht, in dieser Richtung weiterzuarbeiten;

4. bekräftigt die dringende Notwendigkeit, die verhängnisvolle Spirale des Wettrüstens, die auf immer komplizierteren und zunehmend unkontrollierbaren Verteidigungssystemen beruht, aufzuhalten, um den Prozeß des Friedens, der internationalen Solidarität und der Verwirklichung neuer Modelle im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung zu beschleunigen;

Dokumente zum Zeitgeschehen

5. fordert zu diesem Zweck, daß die Gespräche zwischen den Regierungschefs zur Ausarbeitung konkreter Vereinbarungen führen, in denen folgendes verankert wird:

1. der schrittweise und ausgewogene Abbau aller Arten von atomaren und konventionellen Waffensystemen;
2. als erste Stufe die Beseitigung der Mittelstreckenraketen durch die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten;
3. das Verbot von Atomtests;
4. der Verzicht auf die Militarisierung des Weltraums;
5. die Rüstungskontrolle;
6. die Schaffung atom- und chemiewaffenfreier Zonen, insbesondere in Nord- und Mitteleuropa;

6. fordert die Außenminister und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, die Entwicklung der laufenden Verhandlungen in allen ihren Phasen in ständiger Konsultation mit den Bündnispartnern aufmerksam zu verfolgen;

7. vertritt die Auffassung, daß die Europäische Gemeinschaft mit eigenen konstruktiven Vorschlägen am Ost-West-Dialog mitwirken muß, um das Klima der Entspannung auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen und zur Überwindung der entgegengesetzten Machtblöcke sowie zur friedlichen Lösung der besonders akuten Probleme der internationalen Völkergemeinschaft beizutragen;

8. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit tagenden Außenministern und den Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, der Regierung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten sowie den Vereinten Nationen zu übermitteln.